

esse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
e - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
- interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
nteresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
teresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
eres - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse

INTERESSE

2026/3

Soziale Information Nr. 3

Herausgegeben vom
Fachbereich Gesellschaft und Soziales
der Diözese Linz

Von Selbstwirksamkeit, Verantwortungs- und Handlungsräumen

Wer Veränderung gestalten will, braucht mehr als gute Ideen: Es braucht Menschen, die ihre Handlungsspielräume erkennen und nutzen. Der Artikel zeigt, wie Selbstwirksamkeit entsteht und warum Verantwortung und Gestaltungskraft untrennbar zusammengehören. Ermutigende Impulse für alle, die Kirche und Gesellschaft aktiv mitgestalten wollen.

Wir Menschen haben die Fähigkeit, die Zukunft zu antizipieren und Zukunftspläne zu schmieden. In der Zukunftsforschung sprechen wir daher von Zukunft im Plural. Es gibt mögliche und wahrscheinliche, erwünschte und unerwünschte Zukünfte. Zugleich haben wir Menschen zwei wunderbare Eigenschaften: den Wunsch nach Selbstwirksamkeit und die Fähigkeit zur Empathie. In komplexen Gesellschaften stoßen diese Fähigkeiten jedoch an Grenzen. Unsere persönlichen Entscheidungs- und Handlungsräume sind begrenzt. Je komplexer die Welt wird, je undurchschaubarer, was um uns herum geschieht, desto geringer werden unsere Handlungsmöglichkeiten, darauf einzuwirken.

Es geht um das Spannungsverhältnis zwischen den naturgemäß begrenzten eigenen Handlungsmöglichkeiten und den großen Herausforderungen der Transformation wie Klimaneutralität, Kreislaufwirtschaft, Wachstumsunabhängigkeit, Umgang mit Künstlicher Intelligenz, verstärkt auch wieder, Rückkehr zu einer regelbasierten Weltordnung und einer kooperativen Geopolitik.



Von der Ethik der Nähe und der Ethik der Ferne

Von der Evolution her sind wir nahbereichsgeprägt. Dinge, die vor Ort passieren, berühren uns mehr als Dinge, die weit weg von uns geschehen. Das ist normal und nicht an sich verwerflich. Doch hat sich in unseren Wohlstandsgesellschaften eine gewisse Gleichgültigkeit breit gemacht. Der gestiegene Spritpreis empört uns mehr als der Krieg, der diesen auslöst. Die Ge-

genwartsversessenheit führt dazu, dass wir die Zukunftsverantwortung vernachlässigen.

Zudem gibt es Hürden und Fallen, die der notwendigen Transformation entgegenstehen. Das Gefangenendilemma besagt, dass wünschbare Ergebnisse nur erzielbar sind, wenn es keine Trittbrettfahrer:innen gibt. Um die Klimakrise zu entschärfen, müssen alle mitun – hier bei uns und weltweit. Gewissensberuhigung und Greenwashing führen zu Scheinlösungen. Eine Karikatur bringt es auf den Punkt: Touristen auf einem Kreuzfahrtschiff beschwerten sich, dass ihnen das Getränk mit einem Plastikstrohhalm serviert wird, weil dies sei nicht nachhaltig. Dass die Kreuzschiffahrt selbst das Problem

ist, wird nicht gesehen. Flughäfen rühmen sich ihrer CO₂-Einsparungen, weil die Passagiere nun mit E-Fahrzeugen zu den Flugzeugen gebracht und der Strom mit Photovoltaik erzeugt wird. Das Problem ist aber die rapide zunehmende Vielfliegerei. Und natürlich hat jede Transformation neben Gewinner:innen auch Verlierer:innen – so ist zu erwarten, dass sich die Fossilindustrie gegen die Energiewende stemmt und die Folgen der Klimaerwärmung

herunterspielt.

Zusammengefasst: Die Folgen unserer Wirtschafts- und Lebensweise übersteigen zunehmend unsere Wahrnehmungs- und Verantwortungskreise, die politische Steuerungskapazität nimmt ab, die geopolitischen Verwerfungen nehmen zu. Dies führt dazu, dass sich immer mehr Menschen trotz unseres materiellen Wohlstandes und der nach wie vor funktionierenden gesellschaftlichen Institutionen unwohl und ohnmächtig fühlen. Zu fragen ist, welche Bedeutung hier utopisches Denken hat und welche Rolle der (Erwachsenen)-Bildung dabei zukommen kann.

Systemisches Denken und die Rolle von Geschichten des Gelingens

Ein Wesensmerkmal der modernen technologischen Zivilisation liegt also im Umstand, dass wir die Folgen unseres Handelns nicht mehr überblicken bzw. diese ausblenden. Die Ökosystemforschung verweist zwar auf die planetaren Grenzen und die Konfliktforschung warnt vor den Eskalationsrisiken in spezifischen gesellschaftlichen Gemengelagen – aber in der öffentlichen Wahrnehmung spielen diese keine bzw. kaum eine Rolle. Sie werden damit auch nicht politikwirksam. So taumeln wir schlaftrunken in die nächsten Krisen.

Umweltkrisen ebenso wie gesellschaftliche Krisen sind schleichende Phänomene – die Herausforderung besteht darin, ihre Zuspitzung frühzeitig zu antizipieren und zu deeskalieren. Die Klimakrise könnte in diesem Sinne als „Meteoriteneinschlag in Zeitlupe“ bezeichnet werden. Bei Konflikten ist die entscheidende Frage, wann diese eskalieren – in anderen Worten geht es darum, zu erkennen, wann der „Vorkrieg“ beginnt, so die Schriftstellerin Christa Wolf.

Zukunftsforschung widmet sich faktenbasiert der Beschreibung möglicher bzw. wahrscheinlicher, normativ der Skizzierung gewünschter Zukunftsentwicklungen

basierend auf Erkenntnissen anderer Wissenschaftsdisziplinen, etwa der Ökosystem- oder Sozialforschung, der Psychologie oder Politikwissenschaften. Im Sinne Robert Jungks geht es auch um das Öffnen von Möglichkeitsräumen für soziale Innovationen, die wir neben technologischen Innovationen brauchen, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden zu können. In den Analysen müssen wir realistisch sein, in Bezug auf Zukunftsgestaltung ist jedoch Zuversicht, Optimismus gefordert, der Blick auf das Mögliche. Es geht um das Ausloten alternativer Zukunftsentwürfe und um das Lernen voneinander, von Projekten, die andere bereits erfolgreich umgesetzt haben, oder auch um das Lernen von deren Scheitern. Projekte wie die „Karte von morgen“ oder der Online-Almanach „Futurzwei“ stellen solche Neuansätze vor. Mit dem Bildungswerk Salzburg betreuen wir einen „Atlas für nachhaltige Entwicklung“, in dem Neuansätze in unserem Bundesland beschrieben werden. Aufgabe der Medien wäre es, solche Geschichten des Gelingens viel stärker zu kommunizieren.

Wichtig ist der Übergang vom linearen zum systemischen, vernetzten Denken: weg von Ursache und Wirkung hin zu Folgen und Nebenfolgen, positiven und negativen Rückkopplungen, auf die der Club of Rome bereits in den 1970er-Jahren verwiesen hat und die ein zentrales Thema der Klimaforschung sind. Wichtig ist auch transdisziplinäres Arbeiten, das ich an den Scientists for Future schätze – hier werden natur- und sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zur Klimakrise zusammengeführt. Systemisches Denken nimmt auch Logiken wie das Wachstumsprinzip im Kapitalismus sowie Pfadabhängigkeiten in den Blick. Wer heute noch in fossile Energie investiert, verzögert die Übergänge, da sich Investitionen rechnen müssen. Ein Thema sind auch Sättigungsphänomene in hochproduktiven Ökonomien – der Philosoph Günter Anders hat bereits in

den 1950er-Jahren darauf hingewiesen, dass wir mehr herstellen, als sinnvoll verwenden können.

Aufgabe der Zukunftsforschung, der Sozialwissenschaften generell sowie insbesondere der Wissenschaftskommunikation – und damit auch der Erwachsenenbildung – ist es, unser Komplexitätsverständnis zu erhöhen. Es geht aber auch darum, wo immer möglich, Komplexität wieder zu verringern – Stichwort Resilienz. Der große Ökologe Ernst Ulrich von Weizsäcker hat früh „Erddpolitik“ gefordert, sein französischer Kollege Edgar Morin spricht von einem „planetaren Bewusstsein“. Begriffe wie „Weltethos“ oder „Schöpfungsverantwortung“ weisen in dieselbe Richtung. Andererseits verweist der Soziologe Zygmunt Baumann darauf, dass Verantwortung Nähe erfordert und nur Nähe Verantwortung ermöglichen. Es geht daher auch um eine neue Verortung. Eine schöne Definition von Heimat stammt übrigens von der Ethnologin Ina-Maria Greverus: Heimat bedeute „kennen, gekannt und anerkannt werden“. Handeln ist immer orstgebunden, neue Pionierprojekte brauchen Orte, an denen sie erdacht und erprobt werden können. Gesprochen wird von neuen „Wohnzimmern der Gesellschaft“ – so der Soziologe Harald Welzer –, in denen wir zusammenkommen, um über die Zukunft zu sprechen, die wir wollen. In den von Robert Jungk entwickelten Zukunftswerkstätten entwickeln Gruppen, ausgehend von gemeinsam identifizierten Herausforderungen, Zukunftslösungen.

Verantwortung übernehmen und Verantwortung anderer einfordern

Das führt zurück zum Thema der Selbstwirksamkeit und den Verantwortungsräumen. Es geht darum, möglichst viele Menschen dafür zu gewinnen, dass sie neben mehr Nachhaltigkeit im persönlichen Leben sich auch gemeinsam mit anderen für strukturelle Veränderungen einsetzen.

zen – im beruflichen Kontext, in der Kommune, in einer Interessensvertretung, NGO oder politischen Partei. Das erzeugt eine größere Hebelwirkung und führt schneller zu Transformationen, auch zu sozialen Kipppunkten. Dazu gehört auch, selbst Verantwortung zu übernehmen, aber auch die Verantwortung anderer einzufordern, jener, die größere Entscheidungsbefugnisse haben. Die Geschichte lehrt, dass Veränderungen vorwiegend im Zusammenspiel neuer Ideen und sozialer Bewegungen umgesetzt wurden. Im negativen Fall freilich durch das Hineinschlittern in Katastrophen, aus denen danach gelernt wurde – zumindest so lange, als das kollektive Gedächtnis die Katastrophen in Erinnerung hielt.

Wie können wir das Komplexitätsdilemma auflösen?

Die Natur existiert auch ohne uns weiter, es geht darum, unsere Lebensgrundlagen zu schützen. Zugleich gilt: Mit der Natur können wir nicht verhandeln, wir können sie nur gut oder schlecht behandeln. Wenn Ökosysteme kippen, wenn die Erderwärmung weiter voranschreitet, dann überlebt das der Planet, aber wir gefährden unser Überleben. Ökosysteme müssen in ihrer Komplexität und mit ihren Kipppunkten wahrgenommen werden, wie dies etwa im Forschungsprojekt der „Planetary Boundaries“ geschieht. Aufgabe der Politik ist es, den Menschen die Dringlichkeit des Handelns zu vermitteln, etwa, dass wir die Ergebnisse der Klimaforschung ernst nehmen müssen.

Wir brauchen also beides: Ein planetares Bewusstsein sowie eine erneute Re-Lokalisierung. Begriffe wie „Heimatland Erde“, „Weltethos“ oder „Schöpfungsverantwortung“ verweisen auf die gemeinsame Verantwortung für den Planeten. Ansätze wie die Regionalisierung des Wirtschaftens, die Förderung lokaler Unternehmen sowie die zunehmenden Initiativen von Bürger:innen machen deutlich, dass Handeln immer konkrete Orte erfordert. In der Transformationsfor-

schung gibt es den sogenannten Mehrebenen-Ansatz. Veränderung passiert nicht auf Knopfdruck ausgehend von einer Kommandozentrale, sondern durch das Ineinandergreifen vieler Maßnahmen in allen Gesellschaftsbereichen und auf allen politischen und wirtschaftlichen Ebenen. In meinem Buch „Wirtschaftswende“ beschreibe ich über hundert solche Neuansätze, die vorgedacht oder irgendwo bereits umgesetzt sind – sei es im Bereich Unternehmen, Steuern, Finanzmärkte, aber auch in den Bereichen Ernährung, Konsum, Mobilität oder Arbeit.

Ein bewusster Lebensstil ist wichtig – im Sinne von „Walk your talk“. Aber ebenso wichtig ist das Sich-Einbringen in die Veränderung der Strukturen für ein ökologisch und sozial verträgliches Leben für alle. Wir sprechen hier vom „Handabdruck“, den wir neben der Verringerung des ökologischen Fußabdrucks, hinterlassen sollen, indem wir uns politisch einbringen oder gemeinsam mit anderen etwas Neues aufbauen. In diesem Sinne brauchen wir viel mehr das Von- und Mit-einander-Lernen. Wir müssen das Rad nicht immer neu erfinden, sondern können uns umhören, was woanders bereits gut funktioniert.

Zukunftskompetenzen für die Umsteuerung im 21. Jahrhundert

Wir müssen unser Verständnis für Komplexität erhöhen und zugleich die Komplexität wieder verringern, wo immer das möglich ist. Wir müssen (wieder) lernen, Grenzen zu akzeptieren. Die eigene Freiheit endet bekanntlich dort, wo die Freiheit anderer bedroht wird. Das sind Menschen in ärmeren Ländern, aber auch Menschen in Generationen nach uns. Wir müssen unser Wachstumsdenken hinterfragen, das in einer begrenzten Welt unmöglich, aber auch nicht nötig ist. Wer bereits genug hat, braucht nicht immer noch mehr. Wachstumsunabhängigkeit erfordert aber eine Begrenzung des Reichtums: Denn wenn Wachstum ein Ersatz für Verteilung ist, dann ist Ver-

teilung auch ein Ersatz für Wachstum. Gesprochen wird von „Überreichtum“ – so der Titel eines Buches des Reichtumsforschers Martin Schürz – sowie von „Limitarismus“, ein Begriff, den die Wirtschaftsethikerin Ingrid Robenys geprägt hat.

Wir müssen lernen, das Optimum vom Maximum zu unterscheiden. Aus der Zufriedenheitsforschung wissen wir, dass ein angemessenes Einkommen der Zufriedenheit zuträglich ist, aber beides steigt nicht proportional an. Andere Faktoren spielen eine ebenso wichtige Rolle. Der UN-Weltglücksreport nennt Dinge wie Gesundheit, Familie, Freunde, Vertrauen untereinander und in die Institutionen sowie die Demokratie. In meinem Buch „Von nichts zu viel – für alle genug“ stelle ich acht ineinandergreifende Wohlstandsdimensionen vor: Ernährungswohlstand, Güterwohlstand neu, Tätigkeitswohlstand, Zeitwohlstand, Beziehungswohlstand, Ortswohlstand sowie Bildungs- und Demokratiewohlstand.

Nicht zuletzt müssen wir Glaubenssätze bzw. Mythen wie „Ohne Wirtschaftswachstum geht es nicht“, „Wir werden schon technologische Lösungen finden“ oder „Reichtum ist selbstverdient“ überwinden und lernen, uns das andere vorstellen zu können. Wir brauchen ein neues „Erwartungsmanagement“ seitens der Politik. Was geht, was geht nicht mehr? Nicht einfach. Aber neue Erzählungen von einem guten Leben können helfen. Wir müssen schließlich gemeinsam darüber sprechen, worauf es im Leben wirklich ankommt. Ich nenne hierfür vier unterschiedliche „Währungen“: Neben Geld sind dies Zeit für all die Dinge, die einem wichtig sind; Sinn in allem, was wir tun und schließlich Gemeinsinn, also das Sich-Einbringen in die Gemeinschaft und die Mit-Gestaltung der Gesellschaft.

Mag. Hans Holzinger, Senior Adviser der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen Mitglied des Entwicklungspolitischen Beirats des Landes Salzburg Mitglied der Scientists for Future

Den Sozialstaat wieder in den Dienst der Arbeitnehmer:innen stellen

Der österreichische Sozialstaat ist eine wesentliche Grundlage für Wohlstand und wirtschaftliche Stabilität. Neoliberale Reformen und institutionelle Veränderungen haben jedoch das Vertrauen in seine Leistungsfähigkeit geschwächt.

Die Industrialisierung hat auch in Österreich im 19. Jhd. zu einer Verelendung der Arbeiterschaft geführt. Die existenzbedrohende materielle Lage der Arbeiter:innen, die gesundheitsgefährdenden Arbeits- und Wohnverhältnisse, rückten die Frage, wie mit den sozialen Misständen der Arbeiter:innenklasse umzugehen ist, ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Staatliche Sozialpolitik – also Lösungen für diese Arbeiterfrage – musste erkämpft werden. Mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung gelangen verschiedene Arbeitsschutzregelungen sowie die Einführung einer ersten Unfall- und Krankenversicherung (1887/1888). Als eines der ersten Länder in Europa führte Österreich 1920 eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung ein, die von Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer:innen gespeist ist. Die Diktaturen in Österreich 1933 bis 1938 und 1938 bis 1945 führten jeweils zu einem fundamentalen sozialpolitischen Abbau.

Sozialstaat für alle

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde ein großer Meilenstein des sozialstaatlichen Ausbaus mit dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) im Jahr 1955 vollzogen. Dem lag die Vision zugrunde, eine „Volksversicherung“ zu etablieren, die soziale Sicherheit für alle schafft. Das ASVG sollte zur „Vollendung des Sozialstaats“ beitragen. Diese Vision hatte jedoch nicht nur sozialpolitische Zielsetzungen, sondern war von gesamtstaatlichen und von demokratiepolitischen Interessen motiviert. Die Entwicklung eines Sozialstaates für alle zeigt sich beeindruckend in der Abdeckungsrate der Krankenversicherung: So waren 1890 lediglich 6,8 % der österreichischen Bevölkerung krankenversichert, 1955 waren es

70,2 % und 1980 bereits 99,4 %.

Leistungsstarker Sozialstaat

Die Erfolgsgeschichte des heutigen Sozialstaates zeigt sich u. a. darin, dass Erwerbstätige und ihre Familien gegen die wesentlichen sozialen Risiken wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und Alter abgesichert sind. Die Abhängigkeit von Marktergebnissen ist durch Leistungen wie Entgeltfortzahlung, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Pensionen deutlich reduziert.

Die Wirksamkeit verdeutlicht sich in der Armutsreduktion. Ohne Pensions- und Sozialleistungen wären in Österreich rund 3,9 Mio. Menschen oder 44 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Der Sozialstaat reduziert die Anzahl an Armutsgefährdeten auf 1,4 Mio. Menschen bzw. auf 16 %. Trotz dieser enormen Leistungsstärke wirkt der Sozialstaat für bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht mehr ausreichend inklusiv. Insbesondere Menschen mit geringer Bildung werden zunehmend vom Wohlstand abgekoppelt. Dies erscheint in einem der reichsten Länder der Welt als ungerecht und formiert soziale Spaltungen.

Umbau des Sozialstaates

Obwohl in Österreich der Neoliberalismus nicht in einer Radikalität wie in Großbritannien oder Deutschland übersetzt wurde, sind seit den 2000er-Jahren eine Reihe von restriktiven Reformen zu beobachten. Die ÖVP-FPÖ-Koalition (2000 – 2006) führte im Bereich der Pensionsversicherung weitreichende Veränderungen und Kürzungen durch. Darüber hinaus wurde statt der Dienstnehmermehrheit eine Parität zwischen Dienstnehmer:innen und Dienstgebern in der Pensionsversicherung (PVA) eingeführt. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung wurden u. a. die Bedingungen für den Arbeitslo-

Dr. Dennis Tamesberger, Leiter Team Sozialpolitik, Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik

sengeldbezug verschärft und die zumutbaren Beschäftigungen erweitert. Im Gesundheitsbereich vollzog die ÖVP-FPÖ-Koalition (2000 – 2006) erste Privatisierungsmaßnahmen und erhöhte Selbstbehalte. Die ÖVP-FPÖ-Koalition (2017 – 2019) legte die neun Gebietskrankenkassen zu einer zentralen Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) zusammen. Hierbei wurde ebenfalls eine Parität zwischen Dienstnehmer:innen und Dienstgebern in den Gremien eingerichtet und somit die Dienstnehmermehrheit in der Selbstverwaltung der Krankenversicherung abgeschafft. Dieser Umbau hat nicht nur die Machtverhältnisse in den sozialstaatlichen Institutionen verändert, sondern auch ihre Haltung gegenüber den Versicherten. Ursprünglich wurden diese Institutionen im Sinne der Selbstverwaltung von Versicherten für Versicherte geschaffen, um die eigenen Interessen bestmöglich zu bedienen. Nun haben Versicherte vermehrt die Wahrnehmung, dass sie als „Gegner“ in den Institutionen behandelt werden.

Fazit

Es braucht eine Weiterentwicklung des Sozialstaates um die neuen sozialen Risiken wie Klimawandel, Hitzestress oder die Teuerung aufgrund globaler Krisen zu adressieren. Aber auch die Institutionen müssen sich dahingehend verändert werden, dass diese wie zu Beginn an den Bedürfnissen und Interessen der Arbeitnehmer:innen ausgerichtet sind. Die Menschen müssen diese Grundhaltung tagtäglich in den Institutionen spüren, dass sie Rechtsansprüche haben und die Institutionen in ihrem Dienst fungieren. Diese positiven Erfahrungen mit den öffentlichen Institutionen gewährleisten langfristig die Zustimmung zum Sozialstaat und zur Demokratie.

Wenn Verteidigung von allen getragen wird

Wie lässt sich Sicherheit ohne Waffen denken? Das Konzept der Sozialen Verteidigung eröffnet neue Perspektiven für eine Friedenslogik unserer Zeit.

Der Vorwurf an pazifistische oder auch nur militärkritische Menschen lautet oft: „Du willst also gar nichts tun!“ So durchdrungen von der Logik der Gewalt ist die breite Wahrnehmung, dass Widerstand abseits der Waffe und des Militärischen fast ausgeblendet oder als chancenlos abgetan wird.

Friedenslogik statt Kriegslogik

Um den Vorwurf der Passivität und das enge Korsett eines rein militärisch gedachten Widerstands abzuwerfen gilt es, die Beispiele erfolgreichen gewaltfreien Handelns zu verbreiten und auf ihnen aufbauend Handlungsmöglichkeiten weiterzuentwickeln. Dabei sollte man neben der Thematisierung von bekannteren historischen Beispielen – die People Power Bewegung auf den Philippinen, die Bürgerrechtsbewegung in den USA, Widerstand norwegischer Lehrer:innen im Nationalsozialismus – auch Methoden kennen und anerkennen, die in allen Kriegs- und Krisengebieten weltweit derzeit angewandt werden. Diese können gewaltfreie Schutzstrategien durch Gemeinschaften, wie etwa die Widerstandsorganisation durch Information, Blockade und Beobachtung, beispielhaft zu sehen bei den Protesten gegen die Einsätze von ICE in den USA, oder die Stärkung von Resilienz und Unabhängigkeit in den Lebensgrundlagen in Konfliktgebieten generell sein.

Außerdem gilt es die präsentierten Fakten und Grundannahmen militärischer Logik zu hinterfragen. Ein häufiges Beispiel dafür ist die Behauptung, dass ein:e bestimmte:r Gegner:in nun mal nicht reden will und darum eine Verhandlungslösung nicht möglich ist. Gleichzeitig wird aber geredet und werden sogar Absprachen getroffen, z. B. für Gefangenenaustausche, was die Unmöglichkeit einer Überein-

kunft offensichtlich widerlegt. Auch die Wirksamkeit von militärischer Abschreckung sollte aufgrund der dennoch auftretenden Kriege und Angriffe in Zweifel gezogen werden, wie dies auch in der Debatte zu den humanitären Konsequenzen von Atomwaffen immer wieder getan wird.

Ideen und Mechanismen

Soziale Verteidigung ist ein Konzept, wie sich eine Gesellschaft gegen gewalttätige Angriffe verteidigen kann, ohne selbst Gewalt anzuwenden. Sie behandelt dabei, im Gegensatz zum gewaltfreien Widerstand gegen einen etablierten Diktator, den Sonderfall einer sich verändernden Situation. Soziale Verteidigung liegt also vor, wenn gewaltfreier Widerstand als Reaktion auf einen militärischen Angriff von außen oder auf den Versuch der Machtübernahme gewalttätiger Gruppen von innen zur Anwendung kommt.

Eine zugrunde liegende Annahme für den Erfolg von Sozialer Verteidigung ist, dass jede Herrschaft auf ein Minimum an Zustimmung und Kooperation der Beherrschten angewiesen ist. Fällt diese weg, bricht die Basis der Macht zusammen, da nicht alle Menschen in allen Schlüsselfunktionen ausgetauscht werden können.

Das Ziel bei der Sozialen Verteidigung ist nicht die Verteidigung von Grenzen, sondern die Verteidigung sozialer Errungenschaften und Werte, einer bestimmten Lebensweise, eines weitgehend selbstbestimmten Seins – vieles davon „verlieren“ wir in einer Kriegssituation sowieso erst einmal, auch wenn wir glauben, es durch das Führen des Krieges zu verteidigen.

Es geht also nicht darum die Ziele militärischer Landesverteidigung 1:1 zu übernehmen, sondern um eine grundlegende Auseinandersetzung damit, was es wert ist, verteidigt

Mag.^a Lucia Hämmerle, Co-Geschäftsführung, Kommunikation und Medien Internationaler Versöhnungsbund - österreichischer Zweig

zu werden.

Methoden und Strategien

Um gewaltfreie Verteidigung zu gestalten, gibt es verschiedene Methoden. Grundlegend sind jene Aktivitäten, die aus den Einzelnen eine Gruppe machen, die zusammenhält. Dazu gehören gemeinsame Symbole genauso wie Rituale, Proteste und Narrative.

Dann braucht es Konzepte, um den Widerstand zu organisieren und aufrecht zu halten. Das beginnt mit der Auseinandersetzung damit, wie Informationen weitergegeben werden und geht bis zur Organisation des Widerstandes, im Fall dass widrige Umstände, Militärkräfte oder andere Umstände Aktivitäten erschweren. Hier werden Methoden angewendet, die den/die Gegner:in daran hindern sollen, seine/ihre strategischen Ziele zu erreichen bzw. Methoden, die ihn/sie daran hindern Gewalt anzuwenden bzw. sich selbst oder vulnerable Gruppen vor Gewalt schützen. Im Falle des Widerstandes gegen den großangelegten ICE Einsatz in Minneapolis Anfang des Jahres wurden z. B. Agent:innen daran gehindert, überraschend Räumlichkeiten wie Restaurants zu betreten. So wurde das Ziel, Menschen festzunehmen, erschwert und Angestellte sowie Besucher:innen geschützt.

Im Gegensatz zur militärischen Verteidigung, in deren Kontext die Wahrung der Sicherheit an eine spezielle Gruppe von Professionist:innen (Militärs) ausgelagert wird, können durch die Vielseitigkeit der Methoden der sozialen Verteidigung unterschiedliche Menschen Verantwortung übernehmen. Dies ist auch eine Voraussetzung für das Gelingen: Möglichst viele Menschen müssen sich am Widerstand beteiligen und gut organisiert für das Eintreten, was uns in unserer Gesellschaft wichtig ist.

Cancel Cultur und das Cancelln von Kritik

Der Begriff der Cancel Culture dominiert mittlerweile seit einigen Jahren Kulturdebatten in Europa und den USA. Diese Debatte ist allerdings keine globale Debatte. Im Nahen Osten, in China, Afrika oder Lateinamerika können auch Intellektuelle oft wenig mit dem Begriff anfangen.

Begriff und Debatte kommen aus den USA und dem anglosächsischen Diskurs, wo „to cancel“ bedeutet, jemanden fallen zu lassen. In den Jahren 2017 bis 2019 entwickelte sich daraus der Begriff der „Cancel Culture“. Er wurde zunehmend von Journalist:innen, Intellektuellen und Politiker:innen verwendet, die damit eine vermeintliche Kultur öffentlicher Ächtung und sozialer Sanktionen kritisierten. Besonders bekannt wurde 2020 der offene Brief, den unter anderem Noam Chomsky, Margaret Atwood und J. K. Rowling unterzeichneten, worin diese vor einer Einschränkung offener Debatten durch öffentliche Kampagnen warnten.

Die meisten Unterzeichnenden gehören nicht zur Rechten, sondern eher zu liberalen oder gar linksliberalen Kreisen, im Falle Chomskys sogar sehr explizit zur Linken, allerdings zu einer libertären Linken, die Meinungsfreiheit als sehr hohes Gut betrachtet. So verteidigte etwa der linke Anarchist Chomsky bereits in den 1980er-Jahren die freie Meinungsäußerung des französischen Holocaustleugners Robert Faurisson, dessen Meinung er zwar nicht teilte, dessen Recht den Holocaust zu leugnen, er aber verteidigte.

Aspekte der Meinungsfreiheit

Insbesondere in der politischen Kultur der USA wird die Meinungsfreiheit extrem hoch gehalten und vom First Amendment der US-Verfassung garantiert. Extremistische, rassistische oder beleidigende Äußerungen sind dort rechtlich geschützt, solange sie nicht unmittelbar zu Gewalt aufrufen. So sind in den USA etwa auch nationalsozialistische Symbole und offen rassistische, homophobe oder antisemitische Propaganda legal. Politischer, religiöser oder antireligiöser Extremis-

mus ist so lange von der Meinungsfreiheit gedeckt, solange er nicht zum Terrorismus als Methode aufruft. Damit hat die USA ein fundamental anderes Verständnis von Meinungsfreiheit als etwa Österreich, wo etwa nationalsozialistische Wiederbetätigung, aber mittlerweile auch bestimmte andere als extremistisch verstandene Symbole verboten sind. Während in Österreich „Hass im Netz“ bekämpft wird, gilt in den USA jegliches Vorgehen gegen Beschimpfungen oder rassistische, homophobe oder frauenfeindliche Attacken im Internet als Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Auswirkungen auf social Media

Deutlich wurde dies in den jüngsten Auseinandersetzungen um diverse Social Media Plattformen. Lange Zeit waren die meisten großen Plattformen – etwa Meta, Google oder X (ehemals Twitter) – weitgehend nach amerikanischen Regeln organisiert. Nach den Erfahrungen mit islamistischem Terrorismus, russischer Desinformation, Hasskampagnen und Wahlbeeinflussung begannen europäische Staaten und die EU jedoch, stärkere Regulierungen zu verlangen. Auf Europäischer Ebene wurde der Digital Services Act (DSA) erlassen, der Social Media Plattformen unter anderem dazu zwingt, illegale Inhalte schneller zu entfernen, Risiken für Demokratie und Wahlen zu analysieren, mehr Transparenz über Algorithmen herzustellen und Forscher:innen Zugang zu bestimmten Daten zu ermöglichen. US-Politiker:innen, insbesondere, aus der Republikanischen Partei sehen den DSA daher vielfach als Instrument zur Einschränkung freier Rede.

Aber auch in den USA setzte sich in
ein anderer Teil der US-Linken oder

Mag. Dr. Thomas Schmidinger, Politikwissenschaftler, lehrt an der University of Kurdistan Hewler (Irak), Universität Wien, Fachhochschule Oberösterreich

auch des Linksliberalismus, seit einigen Jahre gegen Rassismus, Homo- oder Transphobie oder andere Formen von Hass ein. Dabei wurde auch das US-Geschichtsbild kritisiert und eine Auseinandersetzung mit den Kolonialverbrechen der USA eingefordert. Statuen von Kolumbus wurden geschliffen. Es traf aber auch Zeitgenoss:innen, wie Harry-Potter-Autorin J.K. Rowling, der Transphobie vorgeworfen wurde.

Diese sich als woke Linke begreifende Strömung der US-Linken unterscheidet sich sowohl von den Verfechter:innen libertärer Meinungsfreiheitsfetischist:innen, als auch von traditionellen marxistischen Linken, die in vielen Kämpfen der woken Linken in klassisch marxistischer Denkweise Nebenwidersprüche sahen, die die Mehrheit der Gesellschaft nicht betreffen würden.

Globaler Pranger

Auch der Begriff „woke“ („aufgewacht“) kommt selbstverständlich aus den USA und bedeutet ursprünglich, sensibel, wachsam und politisch engagiert gegenüber gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten und Diskriminierung zu sein. Den Woken geht es dabei sehr stark um öffentliche Formen der Repräsentation, etwa der Sprache.

Kritik aus dieser woken Linken bedeutet allerdings nicht immer, dass diese gleich für staatliche Repression eintreten. Dass solche Kritik manchmal prangerähnliche Züge annimmt, liegt weniger an dieser neuen Strömung der Linken, als an der Logik von Social Media selbst, die mit globalen Shitstorms überhaupt erst den globalen Pranger ermöglicht hat.

So problematisch diese Formen des globalen Prangers auch in Einzelfällen sein mögen, so problematisch ist

aber auch die Opferrolle, in die sich Kritisierte oft begeben. Nicht nur die vermeintliche Cancel Culture ist ein Problem für eine demokratische Öffentlichkeit, sondern auch der Vorwurf der Cancel Culture mit dem sich Rassist:innen, Sexist:innen, Antisemit:innen oder Schwulen- und Frauenhasser gegen Kritik immunisieren und sich das Recht auf Hass in der Öffentlichkeit erstreiten wollen.

Mittel aus der Sozialhilfe zu erhalten, ist der Sozialhilfeempfänger:innen verpflichtet eigene Mittel aus dem Vermögen oder einem eventuellen Einkommen sowie seine Arbeitskraft einzusetzen. Der Protagonist des Romans – Manfred Gruber – steht eines Tages an der Supermarktkasse und kann seinen bescheidenen Einkauf mit seiner Bankomatkarte nicht bezahlen. Die Sozialhilfe wurde nicht überwiesen. Tief beschämt nimmt er den Weg zum Beamten auf sich, um darauf hinzuweisen, dass er alle erforderlichen Bewerbungen abgeschickt, alle verlangten Trainings absolviert hat.

Das Buch schildert auf emphatische Weise seinen Weg in die Arbeitslosigkeit, seinen Tagesablauf, seine Herkunftsfamilie, seine Bekanntschaften. Es übt Systemkritik, wie viel Bemühen ein Mensch leisten kann, um dem Prekariat zu entkommen. Die Sprache ist authentisch und passt genau zur Lebenswirklichkeit des Protagonisten.

M. Jügler (Hg.): Wie wir leben wollen. Texte für Solidarität und Freiheit. Suhrkamp Verlag, Berlin 2016, 196 Seiten.

25 Beiträge namhafter deutschsprachiger Autor:innen zu den drängendsten Fragen unserer Zeit: Wie sieht eine lebenswerte Zukunft aus? Ein Mosaik aus privaten Reflexionen, literarischen Skizzen, Gesellschaftskritik. Kein klassisches Sachbuch. Die Texte sind kurz und prägnant, laden zum Nachdenken ein, ohne belehrend zu wirken.

Manche Beiträge sind eher vage, oberflächlich. Ein Buch, das sich nicht mit der aktuellen Krisenstimmung abfinden will. Es werden keine Lösungen präsentiert, aber viele richtige Fragen gestellt. Eine junge Generation von Autorinnen und Autoren blickt auf ihre eigenen Wurzeln – Iran, Indien, Westjordanland, Rumänien, Ost- und Westdeutschland und die ihrer Eltern. Sie ergründen die Ängste der Geflüchteten und die Sorgen der Bürger. Sie klagen an und versuchen zu verstehen, sind wütend und mitfühlend, sind ratlos und fordern zum Umdenken auf.

Selbstwirksamkeit beim Heckenschneiden

Sobald ich das straßenseitige Gewu-
cher rund um das geerbte Einfam-
ilienhaus im Speckgürtel stutze,
kommen die Nachbarn von schräg
gegenüber und loben mich, dass ich
endlich Ordnung mache, dann fra-
gen sie mich um medizinischen Rat.
Dabei lassen sie sich nie vom Hin-
weis abhalten, dass ich nur ein Arz-
tenskind sei. Erst wenn ich „Cor-
tisonspray und Allergien abklären“
sage, lassen sie von mir ab. Letztens
sagte der Nachbar dann noch: „Was
willst du alt werden?! Jeden Tag was
anderes! Die Knie! Das Kreuz! A so
a Schäß!“ Er ging großlos.

Da lebt man 20 Schritte voneinander in verschiedenen Galaxien. Drüben zwei Menschen, die stolz sein könnten auf das Ihre, das sie sich mit eigener Hand erwirtschaftet haben – im Gegensatz zu mir, die ich lieb zu den Eltern gewesen bin, des woa mei Leistung. Sie wählen eine Partei, deren Erfolg auf der Angst beruht, dass ein Ausländer ihnen das Haus wegnimmt. Mir ist es ein wenig unheimlich, so viel zu besitzen (hoffentlich lesen Einbrecher nicht „Interesse“!).

Später las ich die Themenvorschläge für die Kolumne durch und wählte „Gestaltungsspielräume und Selbstwirksamkeit“ (Cancel Culture interessiert mich nicht mehr, seit sie schuld an Hitze, Trump und Inflation sein soll). Die Kluft zur anderen Straßenseite ist nicht nur finanziell begründet, sondern auch durch das Privileg, meine Gedanken öffentlich äußern zu können. Sie werden gelesen, ab und zu abgelehnt, und doch sind sie Partikel eines gemeinsamen Gestaltungsspielraumes. Mit Wohlstand im Rücken kann man es wagen, zu studieren und wenig ertragreich zu arbeiten. Mit Wohlstand fällt es leichter, „Interesse“ zu lesen und über Selbstwirksamkeit nachzudenken. Diese Privilegien verpflichten zu ihrer Ausweitung.

Ihre Weinbergschnecke

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Fachbereich
Gesellschaft und Soziales der Diözese
Linz entlehnbar:

**S. Weihs: Bemühungspflicht.
Frankfurter Verlagsanstalt,
Frankfurt am Main 2025, 248
Seiten.**

Der Titel dieses Romans stammt aus dem oberösterreichischen Sozialhilfegesetzes 2020, in dem es heisst: die „Bereitschaft, in angemessener und zumutbarer Weise zur Abwendung, Bewältigung oder Überwindung der sozialen Notlage beizutragen“. Um

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse - interesse - interesse
e - interesse - interesse - interesse - interesse

TERMINE

Demokratiefahrt nach Wien

Eine Entdeckungsreise zur Geschichte und Gegenwart österreichischer Demokratie

Termin: Sa., 7. Nov. 2026

Begleitung:

Mag.^a Eva Bauernfeind-Schimek,
Fachbereich Gesellschaft und Soziales
Dagmar Grünwald, Bildungshaus
„Haus der Frau“, Linz

Wir beginnen im „Haus der Geschichte Österreich“ am Heldenplatz. Wir werden dort über die wichtigen Ereignisse der österreichischen Zeitgeschichte seit dem Ende der Monarchie 1918 informiert. Im Fokus stehen politische Umbrüche, die Entwicklung der Demokratie und der gesellschaftliche Wandel. Die Sonderausstellung „Alles Arbeit. Frauen zwischen Erwerbs- und Sorgetätigkeit, Fotoarchiv Blaschka 1950–1966“ beleuchtet das Spannungsfeld weiblicher Arbeitsrealitäten. Sie schlägt eine Brücke von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart. Nach der Mittagspause werden wir das Parlament besichtigen. In einer Führung zur Geschichte des Hauses und zu aktueller Politik kommen wir in intensiven Kontakt mit dem Entscheidungsgremium Österreichs. Im Anschluss ist noch Zeit, sich im Demokratium mit der parlamentarischen Demokratie in Österreich zu beschäftigen.

Organisation: Kooperation von Fachbereich Gesellschaft und Soziales der Diözese Linz, Haus der Frau Linz und Bildungshaus Schloss Puchberg

Anmeldung/Infos:

https://schlosspuchberg.at/seminar/10_29971-demokratiefahrt-nach-wien

Sozialstammtisch

Weggabelung Demokratie:

Welche Route wählen wir?

Termin: Do., 29. Sep. 2026, 19 Uhr

Referenten:

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sieglinde

Rosenberger, Dr. Josef P. Mautner

Autoritäre Politik gewinnt weltweit an Einfluss. Auch rechtsextreme Bewegungen in Europa orientieren sich vielfach an ähnlichen Strategien und Narrativen.

Warum erscheinen autoritäre Angebote für manche Menschen

attraktiv? Welche gesellschaftlichen Entwicklungen begünstigen sie? Und vor allem: Wie können demokratische Kräfte diesen Tendenzen wirksam begegnen? Denn: „In einem fahrenden Zug kann niemand neutral sein.“

Ort: Cardijan Haus, Kapuzinerstr. 49, 4020 Linz

Anmeldung/Infos:

☎ 0732 7610 3631

Mail: mensch-arbeit@dioezese-linz.at
www.mensch-arbeit.at

„Re:source Glaube – Kraft zur Solidarität, Mut zur Gestaltung in Zeiten der Transformation“

Wir laden ein zu „Re:source Glaube“, einem monatlichen Online-Format mit Raum für Verbundenheit, Gespräch und Miteinander. Es richtet sich an haupt- und ehrenamtlich Engagierte in der Diözese Linz und alle Interessierten, die sich mit den gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit auseinandersetzen möchten und zugleich nach Kraftquellen suchen, die unser christlicher Glaube bietet.

Globale Herausforderungen wie Klimakrise, soziale Ungleichheit, Flucht oder Krieg beschäftigen viele von uns. Gemeinsam gehen wir in diesen chaotisch erscheinenden Zeiten unseren christlichen Wurzeln – was kann Glaube und Spiritualität dazu beitragen, angesichts globaler Herausforderungen handlungsfähig zu bleiben? In jedem Treffen begleiten uns Referent:innen, die mit Impulsen zu Reflexion und Austausch einladen:

Unsere Termine für das kommende Jahr, jeweils 16.30 – 18 Uhr:
8. Okt. 2026, 12. Nov. 2026, 3. Dez. 2026, 14. Jan. 2027, 4. Feb. 2027,
4. März 2027, 1. April 2027

Anmeldung/Infos:

Diözese Linz, Fachbereich Gesellschaft & Soziales, Kapuzinerstr. 84, 4020 Linz,

☎ 05 1785 3252 / Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at,
<http://www.dioezese-linz.at/soziales>

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)

Herausgeberin und Verlegerin: Mag.^a Lucia Göbesberger, FB Gesellschaft und Soziales, Diözese Linz, Bereich 3 Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ 05 1785 – 32 51

E-Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales/

Foto/Grafik: ©Diözese Linz

Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15

Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz /

Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz



Katholische Kirche
in Oberösterreich